

# Die «Herdprämie»: Ein umstrittener Anreiz

**Rückschrittlich** Als Pendant zu der geplanten Kita-förderung wird von diversen Leserbriefschreibern ein Betreuungsgeld gefordert. In anderen europäischen Ländern gab und gibt es diese Subvention bereits und die negativen Auswirkungen überwiegen laut diversen Studien deutlich.

VON DAVID SELE

Während sich in den vergangenen Tagen die Entrüstung ob der geplanten Kitaförderung in den Leserbriefspalten entlud, wurde im gleichen Zuge des Öfteren auch der Ruf nach einem Betreuungsgeld laut. Einer Prämie, welche Mütter erhalten sollen, wenn sie darauf verzichten ihr Kind extern betreuen zu lassen. Im volkswirtschaftlichen Sinne also ein Anreiz, der darauf abzielt, dass Mütter zu Hause bleiben - wie früher eben. Praktischerweise befindet sich Liechtenstein nicht etwa in der Situation, die sogenannte «Herdprämie» erst einführen zu müssen, um ihre sozialen und ökonomischen Auswirkungen beurteilen zu können. Andere europäische Länder haben es nämlich vorgemacht und mussten in der Vergangenheit bereits feststellen, dass das Betreuungsgeld einen Widerspruch zu bedeutenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen darstellt.

## Mehr Frauen im Beruf

In Deutschland wurde das Betreuungsgeld 2013 flächendeckend eingeführt. 2015 folgte aber bereits die Abschaffung, da das Bundesverfassungsgericht eine bundesweite Einführung für verfassungswidrig befand. Bayern führt daher nun ein Landesbetreuungsgeld ein. In Thüringen hingegen gab es dieses bereits seit 2006 und wurde im vergangenen Jahr von der dortigen Landesregierung ebenfalls abgeschafft. Daher konnten die Auswirkungen dieser Subvention in den vergangenen Jahren weitgehend



«Kind, Kirche, Küche»: Dieses antiquierte Frauenbild gehört der Vergangenheit an. (Symbolfoto: SSI)

analysiert werden. «Ein Kritikpunkt ist, dass das Betreuungsgeld insbesondere den Wiedereinstieg von Müttern in den Beruf hinauszögert. Damit wird es für diese Frauen schwerer, am Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen, und sie müssen finanzielle Nachteile in Kauf nehmen», konstatierte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) am 14. Mai 2015. Gerade familienbedingte Auszeiten vergrösserten die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Auch die Situation in Finnland kann als Beispiel herangezogen werden. Hier gibt es das Betreuungsgeld seit 1985 jeweils bis zum dritten Lebensjahr des Kindes. Danach bleibe Müttern häufig nur die Arbeitslosigkeit, heisst es in einer Internationalen Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung vom April 2012. Den grössten Anteil der Langzeitarbeitslosen in Finnland stellen demnach Mütter mit Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren. Ähnliche Beobachtun-

gen machte die Stiftung auch in Norwegen und Schweden, wo es das Betreuungsgeld seit 1998 beziehungsweise seit 2008 gibt. Zudem habe sich die «Herdprämie» insgesamt besonders negativ auf die Beschäftigung von Müttern mit Migrationshintergrund ausgewirkt.

## Entscheidungsfreiheit

Das Hauptargument für das Betreuungsgeld war und ist die Entscheidungsfreiheit für Eltern. Jedoch konnte laut der Friedrich Ebert Stiftung beispielsweise in Norwegen festgestellt werden, dass ein zunehmender Anteil der Eltern die Leistung nur für kurze Zeit beziehen, «z. B. während sie auf einen Kinderbetreuungsplatz warten», heisst es in der Politikanalyse. Ein ähnlicher Trend zeichnet sich auch in der jüngst von Spiegel Online veröffentlichten Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Technischen Universität Dortmund über die Auswirkungen des bundeswei-

ten Betreuungsgeldes in Deutschland ab. Daraus geht hervor, dass in Regionen ohne flächendeckendes Angebot an Kitas und Tagesmüttern bedeutend mehr Betreuungsgeld bezogen wurde. Es lässt sich also ableiten, dass ein Kitaplatz - wenn vorhanden - oft die erste Wahl wäre. Ob die «Herdprämie» einfach als Notlösung für akuten Kitaplatz-Mangel angesehen wird, kann anhand der vorhandenen Zahlen dennoch nicht abschliessend gesagt werden. Dafür unterscheiden sich deren Ausgestaltung, der Zeitpunkt der Einführung und die sonstigen Subventionen für Familien in Finnland, Norwegen, Schweden und Deutschland zu stark. So auch die Anzahl der Eltern, welche das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen. In Finnland sind es gemäss der Friedrich Ebert Stiftung circa 50 Prozent der bezugsberechtigten Eltern, in Schweden hingegen nur 5 Prozent. In Norwegen waren es nach Einführung 75 Prozent und 14 Jahre später

gerade noch 25. Was sich in all diesen Ländern aber gleicht, ist der soziale Hintergrund der Empfänger.

## Soziale Integration

Laut der Friedrich Ebert Stiftung stellte die OECD bereits 2005 fest, dass die Entscheidung von Eltern für das Betreuungsgeld und gegen die Kita oft aufgrund finanzieller Aspekte erfolgte. Auch das IW Köln schrieb zehn Jahre später: «Die skandinavischen Länder haben die Erfahrung gemacht, dass vor allem Mütter mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau und/oder Migrationshintergrund das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen.» Zudem zeige eine Studie der Universität Heidelberg, dass im Bundesland Thüringen weniger Kinder von geringqualifizierten Eltern, Alleinerziehenden und Familien mit niedrigem Einkommen eine Kindertagesstätte besuchen. Dabei wäre gemäss der Friedrich Ebert Stiftung gerade für diese Kinder die Erweiterung des sozialen Umfelds besonders wichtig, um ihre Bildungschancen zu erhöhen. «Studien zeigen, dass schon in der frühen Kindheit die Stimulierung der kognitiven (Rechnen, Lesen, Sprechen) und nicht-kognitiven (sozial, motorisch, emotional) Fähigkeiten sehr wichtig ist», bezieht sich die Stiftung auf eine Arbeit der norwegischen Ökonomen Magne Mogstad und Mari Rege. Abschliessend kann gesagt werden, dass Auswirkungen des Betreuungsgeldes bestimmt auch von dessen Ausgestaltung und bereits vorhandenen Subventionen abhängig sind. Tatsache bleibt jedoch, dass bei den vorhandenen Beispielen die negativen Aspekte überwiegen. Ganz im Gegenteil zum Ausbau der Kita-Betreuung, welche nicht nur soziale, sondern auch ökonomische Vorteile mit sich bringt, wie das IW Köln - zumindest in Bezug auf Deutschland - in mehreren Gutachten nachgewiesen hat: «Für den Staat (verzinst) sich die Investition in die Kindererziehung mit rund 8 Prozent - weil durch die steigende Erwerbstätigkeit der Mütter und Väter die Wirtschaftsleistung und damit die Steuereinnahmen wachsen, während gleichzeitig die Sozialausgaben sinken», heisst es beim Institut der deutschen Wirtschaft.